

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 13. Februar 1946 über die Vorrechte und Immunitäten der Vereinten Nationen

A. Zielsetzung

Die Vorrechte und Immunitäten der Vereinten Nationen sind in der Bundesrepublik Deutschland zur Zeit durch die Verordnung vom 16. Juni 1970 (BGBl. II S. 669) über die Gewährung von Vorrechten und Befreiungen an die Vereinten Nationen geregelt. Nachdem die Bundesrepublik Deutschland der Charta der Vereinten Nationen beigetreten ist, wird von ihr auch der Beitritt zu dem VN-Übereinkommen vom 13. Februar 1946 über die Vorrechte und Immunitäten der Vereinten Nationen erwartet.

B. Lösung

Beitritt zu dem Übereinkommen vom 13. Februar 1946 über die Vorrechte und Immunitäten der Vereinten Nationen durch die Bundesrepublik Deutschland.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

keine neuen Kosten

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
14 (21) — 310 50 — Ve 33/79

Bonn, den 3. Oktober 1979

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 13. Februar 1946 über die Vorrechte und Immunitäten der Vereinten Nationen mit Begründung.

Der Wortlaut des Übereinkommens in englischer und französischer Sprache, die deutsche Übersetzung sowie die Denkschrift zum Übereinkommen sind beigelegt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist der Bundesminister des Auswärtigen.

Der Bundesrat hat in seiner 477. Sitzung am 28. September 1979 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzesentwurf keine Einwände zu erheben.

Schmidt

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 13. Februar 1946 über die Vorrechte und Immunitäten der Vereinten Nationen

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu dem am 13. Februar 1946 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen angenommenen Übereinkommen über die Vorrechte und Immunitäten der Vereinten Nationen wird zugestimmt. Das Übereinkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Die in Abschnitt 19 des Übereinkommens vorgesehenen Vorrechte und Immunitäten gelten auch für den Vertreter des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen in Deutschland, dessen Ständigen Vertreter sowie für deren Ehegatten und minderjährige Kinder.

Artikel 3

(1) Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates den Vereinten Nationen, den Vertretern ihrer Mitglieder, den Bediensteten der Vereinten Nationen und den zum Haushalt der genannten Personen gehörenden Familienmitgliedern und privaten Hausangestellten sowie den im Auftrag der Vereinten Nationen tätigen Sachverständigen diplomatische Vorrechte und Immunitäten zu gewähren, soweit diese nicht in dem Übereinkommen geregelt sind.

(2) Teilnehmer an Kongressen, Seminaren oder ähnlichen Veranstaltungen der Vereinten Nationen, der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen und der durch zwischenstaatliche Vereinbarungen geschaffenen Organisationen unter dem Schirm der Vereinten Nationen, die im Geltungsbereich dieses Gesetzes stattfinden und denen die Bundesregierung ausdrücklich zugestimmt hat, genießen die in Artikel VI des Übereinkommens vorgesehenen Vorrechte und Immunitäten, sofern ihnen diese auf Grund des Privilegienstatuts der veranstaltenden Organisation nicht bereits zustehen. Für die Aufhebung der Immunität nach Maßgabe des Artikels VI Abschnitt 23 ist die veranstaltende Organisation zuständig.

(3) Absatz 2 gilt für Deutsche im Sinne des Grundgesetzes, die Inhaber eines von einer deutschen Behörde im Geltungsbereich dieses Gesetzes oder von einer Auslandsvertretung der Bundesrepu-

blik Deutschland ausgestellten gültigen Reisepasses oder Personalausweises sind, nur hinsichtlich der in Artikel VI Abschnitt 22 Buchstaben b, c und d genannten Vorrechte und Immunitäten. Die Immunität von der Gerichtsbarkeit nach Artikel VI Abschnitt 22 Buchstabe b gilt nicht im Fall eines Verstoßes gegen die Vorschriften über den Straßenverkehr durch einen Teilnehmer im Fall von Schäden, die durch ein Motorfahrzeug verursacht wurden, das einem Teilnehmer gehört oder von einem Teilnehmer gesteuert wurde. Die Sätze 1 und 2 gelten auch für solche Teilnehmer, die im Geltungsbereich dieses Gesetzes ständig ansässig sind.

Artikel 4

(1) Artikel 3 des Gesetzes vom 22. Juni 1954 über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Abkommen über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen vom 21. November 1947 und über die Gewährung von Vorrechten und Befreiungen an andere zwischenstaatliche Organisationen (BGBl. 1954 II S. 639), der durch Gesetz vom 28. Februar 1964 (BGBl. II S. 187) neugefaßt wurde, erhält folgende Fassung:

„Artikel 3

Die Bundesregierung wird ermächtigt, mit Zustimmung des Bundesrates, soweit dies im Interesse der Pflege internationaler Beziehungen erforderlich ist, Rechtsverordnungen zu erlassen

1. über die Anwendung des Abkommens auf
 - a) die Sonderorganisationen der Vereinten Nationen,
 - b) durch zwischenstaatliche Vereinbarungen geschaffene Organisationen, die nicht Sonderorganisationen der Vereinten Nationen sind,
 - c) Einrichtungen anderer Staaten;
2. über die Gewährung diplomatischer Vorrechte und Immunitäten an
 - a) die in Nummer 1 genannten Organisationen und Einrichtungen,
 - b) die Bediensteten dieser Organisationen und Einrichtungen sowie die zum Haushalt der Bediensteten gehörenden Familienmitglieder und privaten Hausangestellten,
 - c) die Vertreter der Mitglieder dieser Organisationen sowie die zum Haushalt der Vertreter

gehörenden Familienmitglieder und privaten Hausangestellten,

- d) die Sachverständigen, die Aufträge für diese Organisationen durchführen.“

(2) Die Verordnung vom 16. Juni 1970 über die Gewährung von Vorrechten und Befreiungen an die Vereinten Nationen (BGBl. 1970 II S. 669) tritt außer Kraft.

Artikel 5

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses

Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

Artikel 6

(1) Dieses Gesetz tritt mit Ausnahme des Artikels 4 Abs. 2 am Tage nach seiner Verkündung in Kraft. Artikel 4 Abs. 2 tritt an dem Tage in Kraft, an dem das Übereinkommen für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt.

(2) Der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Abschnitt 32 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Übereinkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht. Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, da das Gesetz in Verbindung mit dem Übereinkommen auch Vorrechte in bezug auf Bundesgesetze über Steuern begründet, deren Aufkommen den Ländern oder den Gemeinden (Gemeindeverbänden) ganz oder zum Teil zufließt.

Zu Artikel 2

In der Bundesrepublik Deutschland sind die Vorrechte und Immunitäten der Vereinten Nationen bisher durch die Verordnung vom 16. Juni 1970 über die Gewährung von Vorrechten und Befreiungen an die Vereinten Nationen (BGBl. 1970 II S. 669) geregelt worden. In § 17 dieser Verordnung waren dem Vertreter des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen in Deutschland sowie dessen Ehegatten und minderjährigen Kindern die gleichen Vorrechte und Immunitäten wie dem Generalsekretär der Vereinten Nationen und allen nachgeordneten Generalsekretären eingeräumt worden. Da das Übereinkommen vom 13. Februar 1946 keine Sonderprivilegien für den Vertreter des Hohen Flüchtlingskommissars in Deutschland enthält, würden diese Privilegien nach Aufhebung der Rechtsverordnung entfallen. Artikel 2 des Gesetzes soll den bis-

herigen Besitzstand des Vertreters des Hohen Flüchtlingskommissars in Deutschland wahren.

Darüber hinaus hat es sich als notwendig erwiesen, auch den Ständigen Vertreter des Hohen Flüchtlingskommissars sowie dessen Ehegatten und minderjährige Kinder in die Regelung einzubeziehen.

Zu Artikel 3

1. Die in Absatz 1 enthaltene Ermächtigung soll es ermöglichen, den Vereinten Nationen sowie den Vertretern der VN-Mitglied-Staaten, den VN-Bediensteten und den zum Haushalt dieser Personen gehörenden Familienmitgliedern und privaten Hausangestellten sowie den VN-Sachverständigen ohne Ingangsetzung des Gesetzgebungsverfahrens Privilegien zu gewähren, die in dem Übereinkommen nicht enthalten sind, deren Gewährung auf Grund der Fortentwicklung des Rechts der Beziehungen zu internationalen Organisationen seit 1946 aber international üblich geworden ist, so etwa die Befreiung von den Vorschriften über Soziale Sicherheit. Die über das Übereinkommen hinausgehenden Privilegien werden in der Regel durch Vereinbarungen der Vereinten Nationen mit den einzelnen Staaten gewährt. So verhandeln die Vereinten Nationen gegenwärtig mit der Bundesregierung über die Befreiung der Bediensteten des Hohen Flüchtlingskommissars der Organisation in Deutschland von den Vorschriften über Soziale Sicherheit. Die

Befreiung kann dann auf dem hier vorgesehenen Verordnungswege innerstaatlich gewährt werden.

Die Ermächtigung erstreckt sich nicht auf die Gewährung steuerlicher Vergünstigungen für den Kauf von Waren und die Inanspruchnahme von Dienstleistungen für den persönlichen Bedarf des entsprechenden Personenkreises. Unter dem Begriff „diplomatische Vorrechte und Immunitäten“ sind die diplomatischen Vorrechte und Immunitäten des Wiener Übereinkommens über diplomatische Beziehungen (WUD) zu verstehen. Nach dem WUD besteht kein entsprechendes diplomatisches Vorrecht.

Durch Absatz 2 werden die Teilnehmer an Kongressen, Seminaren, Symposien und ähnlichen Veranstaltungen der Vereinten Nationen, denen nicht schon anderweitig Vorrechte und Immunitäten auf Grund des Privilegienstatuts der veranstaltenden Organisation zustehen, unter bestimmten Voraussetzungen den Sachverständigen im Auftrag der Vereinten Nationen gleichgestellt, indem ihnen deren Vorrechte und Immunitäten gewährt werden. Dieselbe Regelung soll für Teilnehmer an Kongressen, Seminaren, Symposien oder ähnlichen Veranstaltungen der VN-Sonderorganisationen sowie der durch zwischenstaatliche Vereinbarungen geschaffenen Organisationen unter dem Schirm der VN (gegenwärtig GATT, Afrikanischer Entwicklungsfonds, Asiatische Entwicklungsbank, Interamerikanische Entwicklungsbank) gelten. Hintergrund der geplanten Regelung ist die Tatsache, daß die Bundesregierung in den letzten Jahren erhebliche Schwierigkeiten beim Abschluß von Vereinbarungen über die aus deutscher Sicht wünschenswerte Abhaltung von Veranstaltungen der Vereinten Nationen, ihrer Sonderorganisationen und der genannten Organisationen unter dem Schirm der VN in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich des Landes Berlin hatte. Unter Berufung auf die entsprechende universelle Staatenpraxis verlangten die Veranstalter in den Gastierungsvereinbarungen die Gewährung von Vorrechten und Immunitäten auch für diejenigen Teilnehmer der jeweiligen Veranstaltung, die nicht schon als Vertreter der Mitglieder oder Bedienstete oder beauftragte Sachverständige in den Genuß von Vorrechten und Immunitäten auf Grund des Privilegienstatuts der veranstaltenden Organisation kamen. Mangels innerstaatlicher Rechtsgrundlage konnte die Bundesregierung diesen Wünschen nicht entsprechen. Um die Durchführung der Veranstaltung im Geltungsbereich des Grundgesetzes dennoch zu ermöglichen, hatte die Bundesregierung den Veranstaltern empfohlen, diejenigen Teilnehmer, welche nicht ohnehin auf Grund ihres Status als Vertreter der Mitglieder, als Bedienstete oder als beauftragte Sachverständige Vorrechte und Immunitäten genießen, als Sachverständige anzumelden. Auf diese Weise konnte den betroffenen Teilnehmern der Privilegienstatus von Sachverständigen der veranstaltenden Organisation zuerkannt werden. Die Bestimmung des Absatzes 2 soll diese Praxis nun-

mehr auf eine eindeutige innerstaatliche gesetzliche Grundlage stellen. Da der weit überwiegende Teil der Veranstaltungen nicht von den Vereinten Nationen selbst, sondern von deren Sonderorganisationen und den genannten Organisationen unter dem Schirm der VN abgehalten wird, besteht das Bedürfnis, die Veranstaltungen gerade dieser Organisationen mit in die gesetzliche Regelung einzubeziehen.

Voraussetzung der Gewährung von Vorrechten ist, daß die Bundesregierung der Durchführung der im Geltungsbereich des Gesetzes stattfindenden Veranstaltung zugestimmt hat. Mit dem Erfordernis der Zustimmung soll erreicht werden, daß nur Teilnehmer an solchen Veranstaltungen privilegiert sind, an deren Abhaltung aus der Sicht der Bundesregierung ein Interesse besteht. „Zustimmung“ im Sinne des Satzes 2 umfaßt die förmliche Zustimmung in der Form einer völkerrechtlichen Vereinbarung mit den genannten Organisationen ebenso wie jede sonstige Art der ausdrücklichen Zustimmung.

Der Generalsekretär der VN kann nach Artikel VI Abschnitt 23 nur für die Aufhebung der Immunität von Teilnehmern an VN-Veranstaltungen zuständig sein. Bei Veranstaltungen anderer Organisationen besitzt das Recht der Aufhebung der Immunität die jeweilige Organisation. Dies wird durch Absatz 2 Satz 2 klargestellt. Die Bundesregierung wird vor ihrer Zustimmung zu einer Veranstaltung jeweils prüfen, ob die veranstaltende Organisation eine entsprechende Verpflichtung übernimmt.

3. Gemäß Absatz 3 werden Deutschen und im Geltungsbereich des Gesetzes ständig ansässigen Ausländern die Privilegien des Artikels VI nur beschränkt zugestanden. Dies entspricht unserer Praxis. Deutsche aus der DDR und Berlin (Ost), die an amtlichen internationalen Veranstaltungen der hier in Frage stehenden Art teilnehmen, erhalten die Privilegien jedoch in vollem Umfang.

Zu Artikel 4

Die Änderung des Artikels 3 des genannten Gesetzes vom 22. Juni 1954 soll aus folgenden Gründen erfolgen:

Die in Artikel 3 des genannten Gesetzes enthaltene Ermächtigung der Bundesregierung, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates die Bestimmungen des Abkommens vom 21. November 1947 über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen auf die Vereinten Nationen anzuwenden, wird mit der Inkraftsetzung des Übereinkommens vom 13. Februar 1946 über die Vorrechte und Immunitäten der Vereinten Nationen überflüssig.

Im Interesse der Rechtsklarheit ist die Spezifizierung angezeigt, daß nicht nur die Organisationen und Einrichtungen, sondern auch ihre Bediensteten, die Vertreter der Mitglieder der Organisationen und

Einrichtungen, die zum Haushalt der vorgenannten Personen gehörenden Familienmitglieder und privaten Hausangestellten sowie die für die Organisationen und Einrichtungen tätigen Sachverständigen als Empfänger der durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates zu gewährenden Privilegien in Betracht kommen. Die Bestimmung wurde in diesem Sinn in der Vergangenheit angewendet. Die Klarstellung kann jeden künftigen Zweifel am diesbezüglichen Inhalt der Bestimmungen ausschalten. Sie erscheint auch deshalb geboten, weil in Artikel 3 Abs. 1 des Gesetzentwurfs eindeutig ausgedrückt wird, daß nicht nur die Organisation der Vereinten Nationen, sondern auch die Vertreter ihrer Mitglieder, ihre Bediensteten und ihre Sachverständigen als Empfänger zusätzlicher Privilegien in Betracht kommen und jeder Zweifel ausgeschaltet werden soll, daß dadurch eine von Artikel 3 des Gesetzes vom 22. Juni 1954 abweichende Regelung getroffen worden ist.

Es ist zweckmäßig, den wenig scharfen Ausdruck „amtliche zwischenstaatliche Organisationen“ durch den eindeutigen und im VN-Bereich verwendeten Ausdruck „durch zwischenstaatliche Vereinbarungen geschaffene Organisationen“ zu ersetzen.

Die ausdrückliche Erwähnung, daß die Bestimmungen des Abkommens auch nur teilweise angewendet und daß die Gewährung der Vorrechte und Befreiungen für Einrichtungen anderer Staaten von der Übung der Gegenseitigkeit abhängig gemacht werden können, erscheint überflüssig, weil dadurch etwas Selbstverständliches ausgedrückt wird. Auch die besondere Ermächtigung zur Durchsetzung völkerrechtlicher Vereinbarungen (Absatz 2 des Artikels 3 des Gesetzes vom 22. Juni 1954) erscheint überflüssig, da diese Ermächtigung in der jetzt gewählten Formulierung der Ermächtigung zu Beginn des Artikels 3 enthalten ist.

Nicht mehr benötigt wird die Ermächtigung, ausländischen Wohlfahrtsorganisationen und ihren ausländischen Vertretern Steuer- und Zollvergünstigungen

zu gewähren. Diese Bestimmung diene dem Zwecke, Vereinbarungen über Steuer- und Zollvergünstigungen mit Organisationen wie CARE, CRA-LOG, LICROSS, Schweizer Europahilfe, Arbeitsgemeinschaft skandinavischer Wohlfahrtsverbände, Weltkirchenrat, Lutherischem Weltbund, YMCA und NCWC innerstaatlich verbindlich zu machen. Derartige Vereinbarungen werden heute nicht mehr geschlossen.

Die Verordnung vom 16. Juni 1970 über die Gewährung von Vorrechten und Befreiungen an die Vereinten Nationen (BGBl. 1970 II S. 669) wird mit der Inkraftsetzung des Übereinkommens vom 13. Februar 1946 über die Vorrechte und Immunitäten der Vereinten Nationen überflüssig. Sie kann daher aufgehoben werden.

Zu Artikel 5

Das Übereinkommen sowie die nach diesem Gesetz zu erlassenden Rechtsverordnungen sollen auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 6

Die Bestimmung des Absatzes 1 Satz 1 entspricht den Erfordernissen des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Durch Absatz 1 Satz 2 wird das Außerkrafttreten der Verordnung vom 16. Juni 1970 über die Gewährung von Vorrechten und Befreiungen an die Vereinten Nationen an das Inkrafttreten des Übereinkommens vom 13. Februar 1946 über die Vorrechte und Immunitäten der Vereinten Nationen geknüpft, um auszuschließen, daß die Vereinten Nationen vorübergehend keine Vorrechte und Immunitäten genießen.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, zu dem das Übereinkommen nach seinem Abschnitt 32 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Übereinkommen
über die Vorrechte und Immunitäten der Vereinten Nationen
 genehmigt von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 13. Februar 1946

Convention
on the Privileges and Immunities of the United Nations
 adopted by the General Assembly of the United Nations on 13 February 1946

Convention
sur les privilèges et immunités des Nations Unies
 approuvée par l'Assemblée générale des Nations Unies le 13 février 1946

(Übersetzung)

WHEREAS Article 104 of the Charter of the United Nations provides that the Organization shall enjoy in the territory of each of its Members such legal capacity as may be necessary for the exercise of its functions and the fulfilment of its purposes and

WHEREAS Article 105 of the Charter of the United Nations provides that the Organization shall enjoy in the territory of each of its Members such privileges and immunities as are necessary for the fulfilment of its purposes and that representatives of the Members of the United Nations and officials of the Organization shall similarly enjoy such privileges and immunities as are necessary for the independent exercise of their functions in connection with the Organization.

CONSEQUENTLY the General Assembly by a Resolution adopted on the 13 February 1946, approved the following Convention and proposed it for accession by each Member of the United Nations.

CONSIDÉRANT que l'Article 104 de la Charte des Nations Unies stipule que l'Organisation jouit, sur le territoire de chacun de ses Membres, de la capacité juridique qui lui est nécessaire pour exercer ses fonctions et atteindre ses buts;

CONSIDÉRANT que l'Article 105 de la Charte des Nations Unies stipule que l'Organisation jouit, sur le territoire de chacun de ses Membres, des privilèges et immunités qui lui sont nécessaires pour atteindre ses buts, et que les représentants des Membres des Nations Unies et les fonctionnaires de l'Organisation jouissent également des privilèges et immunités qui leur sont nécessaires pour exercer en toute indépendance leurs fonctions en rapport avec l'Organisation;

EN CONSÉQUENCE, par une résolution adoptée le 13 février 1946, l'Assemblée générale a approuvé la Convention suivante et l'a proposée à l'adhésion de chacun des Membres des Nations Unies.

DA Artikel 104 der Charta der Vereinten Nationen bestimmt, daß die Organisation im Hoheitsgebiet jedes Mitglieds die Rechts- und Geschäftsfähigkeit genießt, die zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben und zur Verwirklichung ihrer Ziele erforderlich ist,

DA Artikel 105 der Charta der Vereinten Nationen bestimmt, daß die Organisation im Hoheitsgebiet jedes Mitglieds die Vorrechte und Immunitäten genießt, die zur Verwirklichung ihrer Ziele erforderlich sind, und daß die Vertreter der Mitglieder der Vereinten Nationen und die Bediensteten der Organisation ebenfalls die Vorrechte und Immunitäten genießen, deren sie bedürfen, um ihre mit der Organisation zusammenhängenden Aufgaben in voller Unabhängigkeit wahrnehmen zu können,

HAT DEMGEMÄSS die Generalversammlung durch eine am 13. Februar 1946 angenommene EntschlieÙung das folgende Übereinkommen genehmigt und jedem Mitglied der Vereinten Nationen zum Beitritt empfohlen.

Article I**Juridical Personality****Section 1**

The United Nations shall possess juridical personality. It shall have the capacity:

- (a) To contract;
- (b) To acquire and dispose of immovable and movable property;
- (c) To institute legal proceedings.

Article premier**Personnalité juridique****Section 1**

L'Organisation des Nations Unies possède la personnalité juridique. Elle a la capacité:

- a) De contracter;
- b) D'acquérir et de vendre des biens immobiliers et mobiliers;
- c) D'ester en justice.

Artikel I**Rechtspersönlichkeit****Abschnitt 1**

Die Organisation der Vereinten Nationen besitzt Rechtspersönlichkeit. Sie kann

- a) Verträge schließen,
- b) unbewegliches und bewegliches Vermögen erwerben und veräußern,
- c) vor Gericht stehen.

Article II

Property, Funds and Assets

Section 2

The United Nations, its property and assets wherever located and by whomsoever held, shall enjoy immunity from every form of legal process except insofar as in any particular case it has expressly waived its immunity. It is, however, understood that no waiver of immunity shall extend to any measure of execution.

Section 3

The premises of the United Nations shall be inviolable. The property and assets of the United Nations, wherever located and by whomsoever held, shall be immune from search, requisition, confiscation, expropriation and any other form of interference, whether by executive, administrative, judicial or legislative action.

Section 4

The archives of the United Nations, and in general all documents belonging to it or held by it, shall be inviolable wherever located.

Section 5

Without being restricted by financial controls, regulations or moratoria of any kind,

- (a) The United Nations may hold funds, gold or currency of any kind and operate accounts in any currency;
- (b) The United Nations shall be free to transfer its funds, gold or currency from one country to another or within any country and to convert any currency held by it into any other currency.

Section 6

In exercising its rights under Section 5 above, the United Nations shall pay due regard to any representations made by the Government of any Member insofar as it is considered that effect can be given to such representations without detriment to the interests of the United Nations.

Section 7

The United Nations, its assets, income and other property shall be:

- (a) Exempt from all direct taxes; it is understood, however, that the United Nations will not claim

Article II

Biens, fonds et avoirs

Section 2

L'Organisation des Nations Unies, ses biens et avoirs, quels que soient leur siège et leur détenteur, jouissent de l'immunité de juridiction, sauf dans la mesure où l'Organisation y a expressément renoncé, dans un cas particulier. Il est toutefois entendu que la renonciation ne peut s'étendre à des mesures d'exécution.

Section 3

Les locaux de l'Organisation sont inviolables. Ses biens et avoirs, où qu'ils se trouvent et quel que soit leur détenteur, sont exempts de perquisition, réquisition, confiscation, expropriation ou de toute autre forme de contrainte exécutive, administrative, judiciaire ou législative.

Section 4

Les archives de l'Organisation et, d'une manière générale, tous les documents lui appartenant ou détenus par elle, sont inviolables, où qu'ils se trouvent.

Section 5

Sans être astreinte à aucun contrôle, réglementation ou moratoire financiers:

- a) L'Organisation peut détenir des fonds, de l'or ou des devises quelconques et avoir des comptes en n'importe quelle monnaie;
- b) L'Organisation peut transférer librement ses fonds, son or ou ses devises d'un pays dans un autre ou à l'intérieur d'un pays quelconque et convertir toutes devises détenues par elle en toute autre monnaie.

Section 6

Dans l'exercice des droits qui lui sont accordés en vertu de la Section 5 ci-dessus, l'Organisation des Nations Unies tiendra compte de toutes représentations du Gouvernement d'un État Membre, dans la mesure où elle estimera pouvoir y donner suite sans porter préjudice à ses propres intérêts.

Section 7

L'Organisation des Nations Unies, ses avoirs, revenus et autres biens sont:

- a) Exonérés de tout impôt direct. Il demeure entendu, toutefois, que l'Organisation ne demandera pas

Artikel II

Vermögen, Gelder und Guthaben

Abschnitt 2

Die Organisation der Vereinten Nationen, ihr Vermögen und ihre Guthaben, gleichviel wo und in wessen Besitz sie sich befinden, genießen Immunität von der Gerichtsbarkeit, soweit nicht im Einzelfall die Organisation ausdrücklich darauf verzichtet hat. Ein solcher Verzicht umfaßt jedoch nicht Vollstreckungsmaßnahmen.

Abschnitt 3

Die Räumlichkeiten der Organisation sind unverletzlich. Ihr Vermögen und ihre Guthaben, gleichviel wo und in wessen Besitz sie sich befinden, sind der Durchsuchung, Beschlagnahme, Einziehung, Enteignung und jeder sonstigen Form eines Eingriffs durch die vollziehende Gewalt, die Verwaltung, die Justiz oder die Gesetzgebung entzogen.

Abschnitt 4

Die Archive der Organisation und alle ihr gehörenden oder in ihrem Besitz befindlichen Schriftstücke sind unverletzlich, gleichviel wo sie sich befinden.

Abschnitt 5

Ohne irgendwelchen finanziellen Kontrollen, Regelungen oder Stillhaltmaßnahmen unterworfen zu sein, kann die Organisation

- a) Mittel, Gold oder Devisen jeder Art besitzen und Konten in jeder Währung unterhalten,
- b) ihre Mittel, ihr Gold oder ihre Devisen von einem Staat in einen anderen Staat oder innerhalb eines Staates frei transferieren und alle in ihrem Besitz befindlichen Devisen in jede andere Währung umwechseln.

Abschnitt 6

Bei der Ausübung der ihr in Abschnitt 5 gewährten Rechte berücksichtigt die Organisation der Vereinten Nationen alle Vorstellungen der Regierung eines Mitgliedstaats, soweit sie dies nach ihrem Dafürhalten tun kann, ohne ihre eigenen Interessen zu schädigen.

Abschnitt 7

Die Organisation der Vereinten Nationen, ihre Guthaben, Einkünfte und sonstigen Vermögenswerte genießen Befreiung

- a) von jeder direkten Steuer; jedoch verlangt die Organisation keine Befreiung von Steuern, die ledig-

exemption from taxes which are, in fact, no more than charges for public utility services;

- (b) Exempt from customs duties and prohibitions and restrictions on imports and exports in respect of articles imported or exported by the United Nations for its official use. It is understood, however, that articles imported under such exemption will not be sold in the country into which they were imported except under conditions agreed with the Government of that country;
- (c) Exempt from customs duties and prohibitions and restrictions on imports and exports in respect of its publications.

Section 8

While the United Nations will not, as a general rule, claim exemption from excise duties and from taxes on the sale of movable and immovable property which form part of the price to be paid, nevertheless when the United Nations is making important purchases for official use of property on which such duties and taxes have been charged or are chargeable, Members will, whenever possible, make appropriate administrative arrangements for the remission or return of the amount of duty or tax.

Article III

Facilities in Respect of Communications

Section 9

The United Nations shall enjoy in the territory of each Member for its official communications treatment not less favourable than that accorded by the Government of that Member to any other Government including its diplomatic mission in the matter of priorities, rates and taxes on mails, cables, telegrams, radiograms, telephotos, telephone and other communications; and press rates for information to the press and radio. No censorship shall be applied to the official correspondence and other official communications of the United Nations.

Section 10

The United Nations shall have the right to use codes and to despatch and receive its correspondence by courier

l'exonération d'impôts qui ne seraient pas en excès de la simple rémunération de services d'utilité publique.

- b) Exonérés de tous droits de douane et prohibitions et restrictions d'importation ou d'exportation à l'égard d'objets importés ou exportés par l'Organisation des Nations Unies pour son usage officiel. Il est entendu, toutefois, que les articles ainsi importés en franchise ne seront pas vendus sur le territoire du pays dans lequel ils auront été introduits, à moins que ce ne soit à des conditions agréées par le Gouvernement de ce pays.
- c) Exonérés de tout droit de douane et de toutes prohibitions et restrictions d'importation et d'exportation à l'égard de ses publications.

Section 8

Bien que l'Organisation des Nations Unies ne revendique pas, en principe, l'exonération des droits d'accise et des taxes à la vente entrant dans le prix des biens mobiliers ou immobiliers, cependant, quand elle effectue pour son usage officiel des achats importants dont le prix comprend des droits et taxes de cette nature, les Membres prendront, chaque fois qu'il leur sera possible, les dispositions administratives appropriées en vue de la remise ou du remboursement du montant de ces droits et taxes.

Article III

Facilités de communications

Section 9

L'Organisation des Nations Unies bénéficiera, sur le territoire de chaque Membre, pour ses communications officielles, d'un traitement au moins aussi favorable que le traitement accordé par lui à tout autre gouvernement, y compris sa mission diplomatique, en ce qui concerne les priorités, tarifs et taxes sur le courrier, les câblogrammes, télégrammes, radio-télégrammes, téléphotos, communications téléphoniques et autres communications, ainsi que sur les tarifs de presse pour les informations à la presse et la radio. La correspondance officielle et les autres communications officielles de l'Organisation ne pourront être censurées.

Section 10

L'Organisation des Nations Unies aura le droit d'employer des codes ainsi que d'expédier et de recevoir sa

lich eine Vergütung für Leistungen öffentlicher Versorgungsdienste darstellen;

- b) von allen Zöllen, Ein- und Ausfuhrverboten und -beschränkungen hinsichtlich der von der Organisation der Vereinten Nationen für ihren amtlichen Gebrauch ein- oder ausgeführten Gegenstände. Die demgemäß zollfrei eingeführten Gegenstände dürfen jedoch nicht in dem Staat verkauft werden, in den sie eingeführt wurden, es sei denn zu Bedingungen, denen die Regierung dieses Staates zugestimmt hat;
- c) von allen Zöllen, Ein- und Ausfuhrverboten und -beschränkungen hinsichtlich ihrer Veröffentlichungen.

Abschnitt 8

Obwohl die Organisation der Vereinten Nationen grundsätzlich keine Befreiung von Verbrauchssteuern und Verkaufsabgaben beansprucht, die im Preis von beweglichem oder unbeweglichem Vermögen enthalten sind, treffen die Mitglieder bei größeren Einkäufen der Organisation für ihren amtlichen Bedarf, wenn im Preis derartige Steuern und Abgaben enthalten sind, im Einzelfall nach Möglichkeit geeignete Verwaltungsanordnungen für das Erlassen oder Erstaten des Betrags dieser Steuern und Abgaben.

Artikel III

Erleichterungen im Nachrichtenverkehr

Abschnitt 9

Für ihren amtlichen Nachrichtenverkehr genießt die Organisation der Vereinten Nationen im Hoheitsgebiet eines jeden Mitglieds keine weniger günstige Behandlung, als dieses Mitglied jeder anderen Regierung einschließlich ihrer diplomatischen Mission gewährt; dies gilt für Prioritäten, Posttarife und -gebühren, Kabeltelegramme, Telegramme, Funktelegramme, Funkbilder, Fernsprech- und sonstige Verbindungen sowie in bezug auf Pressetarife für Informationen an Presse und Rundfunk. Die amtliche Korrespondenz und der sonstige amtliche Nachrichtenverkehr der Organisation unterliegen nicht der Zensur.

Abschnitt 10

Die Organisation der Vereinten Nationen ist berechtigt, Verschlüsselungen zu verwenden sowie ihre Kor-

or in bags, which shall have the same immunities and privileges as diplomatic couriers and bags.

correspondance par des courriers ou valises qui jouiront des mêmes privilèges et immunités que les courriers et valises diplomatiques.

respondenz durch Kurier oder in Behältern zu versenden und zu empfangen; hierfür gelten dieselben Vorrechte und Immunitäten wie für diplomatische Kuriere und diplomatisches Kuriergepäck.

Article IV

The Representatives of Members

Section 11

Representatives of Members to the principal and subsidiary organs of the United Nations and to conferences convened by the United Nations, shall, while exercising their functions and during the journey to and from the place of meeting, enjoy the following privileges and immunities:

- (a) Immunity from personal arrest or detention and from seizure of their personal baggage, and, in respect of words spoken or written and all acts done by them in their capacity as representatives, immunity from legal process of every kind;
- (b) Inviolability for all papers and documents;
- (c) The right to use codes and to receive papers or correspondence by courier or in sealed bags;
- (d) Exemption in respect of themselves and their spouses from immigration restrictions, aliens registration or national service obligations in the state they are visiting or through which they are passing in the exercise of their functions;
- (e) The same facilities in respect of currency or exchange restrictions as are accorded to representatives of foreign governments on temporary official missions;
- (f) The same immunities and facilities in respect of their personal baggage as are accorded to diplomatic envoys, and also;
- (g) Such other privileges, immunities and facilities not inconsistent with the foregoing as diplomatic envoys enjoy, except that they shall have no right to claim exemption from customs duties on goods imported (otherwise than as part of their personal baggage) or from excise duties or sales taxes.

Article IV

Représentants des Membres

Section 11

Les représentants des Membres auprès des organes principaux et subsidiaires des Nations Unies et aux conférences convoquées par les Nations Unies jouissent, durant l'exercice de leurs fonctions et au cours des voyages à destination ou en provenance du lieu de la réunion, des privilèges et immunités suivants:

- a) Immunité d'arrestation personnelle ou de détention et de saisie de leurs bagages personnels et en ce qui concerne les actes accomplis par eux en leur qualité de représentants (y compris leurs paroles et écrits), immunité de toute juridiction;
- b) Inviolabilité de tous papiers et documents;
- c) Droit de faire usage de codes et de recevoir des documents ou de la correspondance par courrier ou par valises scellées;
- d) Exemption pour eux-mêmes et pour leurs conjoints à l'égard de toutes mesures restrictives relatives à l'immigration, de toutes formalités d'enregistrement des étrangers, et de toutes obligations de service national dans les pays visités ou traversés par eux dans l'exercice de leurs fonctions;
- e) Les mêmes facilités en ce qui concerne les réglementations monétaires ou de change que celles accordées aux représentants de gouvernements étrangers en mission officielle temporaire;
- f) Les mêmes immunités et facilités en ce qui concerne leurs bagages personnels que celles accordées aux agents diplomatiques, et également;
- g) Tels autres privilèges, immunités et facilités non incompatibles avec ce qui précède dont jouissent les agents diplomatiques, sauf le droit de réclamer l'exemption des droits de douane sur des objets importés (autres que ceux qui font partie de leurs bagages personnels) ou de droits d'accise ou de taxes à la vente.

Artikel IV

Vertreter der Mitglieder

Abschnitt 11

Die Vertreter der Mitglieder bei den Haupt- und Nebenorganen der Vereinten Nationen und auf den von den Vereinten Nationen anberaumten Konferenzen genießen während der Wahrnehmung ihrer Aufgaben und während ihrer Reisen nach oder von dem Tagungsort folgende Vorrechte und Immunitäten:

- a) Immunität von Festnahme oder Haft und von der Beschlagnahme ihres persönlichen Gepäcks sowie Immunität von jeder Gerichtsbarkeit hinsichtlich ihrer in amtlicher Eigenschaft vorgenommenen Handlungen (einschließlich ihrer mündlichen und schriftlichen Äußerungen);
- b) Unverletzlichkeit aller Papiere und Schriftstücke;
- c) das Recht, Verschlüsselungen zu verwenden sowie Papiere und Korrespondenz durch Kurier oder in versiegelten Behältern zu empfangen;
- d) Befreiung für sich selbst und ihre Ehegatten von allen Einwanderungsbeschränkungen und der Ausländermeldepflicht sowie von allen Verpflichtungen zur nationalen Dienstleistung in den Staaten, die sie in Wahrnehmung ihrer Aufgaben besuchen oder durchreisen;
- e) in bezug auf Währungs- oder Devisenbeschränkungen dieselben Erleichterungen wie Vertreter ausländischer Regierungen in vorübergehendem amtlichem Auftrag;
- f) in bezug auf ihr persönliches Gepäck dieselben Immunitäten und Erleichterungen wie Diplomaten sowie
- g) alle mit den vorstehenden Bestimmungen vereinbaren sonstigen Vorrechte, Immunitäten und Erleichterungen, die Diplomaten zustehen, mit Ausnahme des Rechts auf Befreiung von Zöllen für eingeführte Gegenstände (außer den zu ihrem persönlichen Gepäck gehörenden) und von Verbrauchssteuern oder Verkaufsabgaben.

Section 12

In order to secure, for the representatives of Members to the principal and subsidiary organs of the United Nations and to conferences convened by the United Nations, complete freedom of speech and independence in the discharge of their duties, the immunity from legal process in respect of words spoken or written and all acts done by them in discharging their duties shall continue to be accorded, notwithstanding that the persons concerned are no longer the representatives of Members.

Section 13

Where the incidence of any form of taxation depends upon residence, periods during which the representatives of Members to the principal and subsidiary organs of the United Nations and to conferences convened by the United Nations are present in a state for the discharge of their duties shall not be considered as periods of residence.

Section 14

Privileges and immunities are accorded to the representatives of Members not for the personal benefit of the individuals themselves, but in order to safeguard the independent exercise of their functions in connection with the United Nations. Consequently a Member not only has the right but is under a duty to waive the immunity of its representative in any case where in the opinion of the Member the immunity would impede the course of justice, and it can be waived without prejudice to the purpose for which the immunity is accorded.

Section 15

The provisions of Sections 11, 12 and 13 are not applicable as between a representative and the authorities of the state of which he is a national or of which he is or has been the representative.

Section 16

In this article the expression "representatives" shall be deemed to include all delegates, deputy delegates, advisers, technical experts and secretaries of delegations.

Article V

Officials

Section 17

The Secretary-General will specify the categories of officials to which the provisions of this Article and Ar-

Section 12

En vue d'assurer aux représentants des Membres aux organes principaux et subsidiaires des Nations Unies et aux conférences convoquées par l'Organisation une complète liberté de parole et une complète indépendance dans l'accomplissement de leurs fonctions, l'immunité de juridiction en ce qui concerne les paroles ou les écrits ou les actes émanant d'eux dans l'accomplissement de leurs fonctions continuera à leur être accordée, même après que ces personnes auront cessé d'être les représentants des Membres.

Section 13

Dans le cas où l'incidence d'un impôt quelconque est subordonnée à la résidence de l'assujetti, les périodes, pendant lesquelles les représentants des Membres auprès des organes principaux et subsidiaires des Nations Unies et aux conférences convoquées par l'Organisation des Nations Unies se trouveront sur le territoire d'un État Membre pour l'exercice de leurs fonctions, ne seront pas considérées comme des périodes de résidence.

Section 14

Les privilèges et immunités sont accordés aux représentants des Membres non à leur avantage personnel, mais dans le but d'assurer en toute indépendance l'exercice de leurs fonctions en rapport avec l'Organisation. Par conséquent, un Membre a non seulement le droit, mais le devoir de lever l'immunité de son représentant dans tous les cas où, à son avis, l'immunité empêcherait que justice soit faite et où elle peut être levée sans nuire au but pour lequel l'immunité est accordée.

Section 15

Les dispositions des Sections 11, 12 et 13 ne sont pas applicables dans le cas d'un représentant vis-à-vis des autorités de l'État dont il est ressortissant ou dont il est ou a été le représentant.

Section 16

Aux fins du présent article, le terme «représentants» est considéré comme comprenant tous les délégués adjoints, conseillers, experts techniques et secrétaires de délégation.

Article V

Fonctionnaires

Section 17

Le Secrétaire général déterminera les catégories des fonctionnaires auxquels s'appliquent les dispositions du

Abschnitt 12

Um den Vertretern der Mitglieder bei den Haupt- und Nebenorganen der Vereinten Nationen und auf den von der Organisation anberaumten Konferenzen volle Freiheit des Wortes und völlige Unabhängigkeit bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu gewährleisten, wird ihnen die Immunität von der Gerichtsbarkeit in bezug auf ihre in Wahrnehmung ihrer Aufgaben vorgenommenen Handlungen einschließlich ihrer mündlichen und schriftlichen Äußerungen auch dann noch gewährt, wenn sie nicht mehr Vertreter von Mitgliedern sind.

Abschnitt 13

Hängt die Erhebung einer Steuer vom Aufenthalt des Steuerpflichtigen ab, so gelten die Zeiten, während derer sich Vertreter von Mitgliedern bei den Haupt- und Nebenorganen der Vereinten Nationen und auf den von der Organisation der Vereinten Nationen anberaumten Konferenzen zwecks Wahrnehmung ihrer Aufgaben im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats befinden, nicht als Aufenthaltszeiten.

Abschnitt 14

Die Vorrechte und Immunitäten werden den Vertretern der Mitglieder nicht zu ihrem persönlichen Vorteil gewährt, sondern zu dem Zweck, die unabhängige Wahrnehmung ihrer Aufgaben bei der Organisation sicherzustellen. Infolgedessen ist ein Mitglied nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet, die Immunität seines Vertreters in allen Fällen aufzuheben, in denen sie nach Auffassung des Mitglieds verhindern würde, daß der Gerechtigkeit Genüge geschieht, und in denen sie ohne Schädigung des Zweckes, für den sie gewährt wird, aufgehoben werden kann.

Abschnitt 15

Die Abschnitte 11, 12 und 13 sind nicht anwendbar auf das Verhältnis eines Vertreters zu den Behörden des Staates, dessen Angehöriger er ist oder dessen Vertreter er ist oder war.

Abschnitt 16

In diesem Artikel umfaßt der Begriff „Vertreter“ alle Delegierten, stellvertretenden Delegierten, Berater, technischen Sachverständigen und Delegationssekretäre.

Artikel V

Bedienstete

Abschnitt 17

Der Generalsekretär bestimmt die Gruppen von Bediensteten, auf welche dieser Artikel und Artikel VII An-

ticle VII shall apply. He shall submit these categories to the General Assembly. Thereafter these categories shall be communicated to the Governments of all Members. The names of the officials included in these categories shall from time to time be made known to the Governments of Members.

Section 18

Officials of the United Nations shall:

- (a) Be immune from legal process in respect of words spoken or written and all acts performed by them in their official capacity;
- (b) Be exempt from taxation on the salaries and emoluments paid to them by the United Nations;
- (c) Be immune from national service obligations;
- (d) Be immune, together with their spouses and relatives dependent on them, from immigration restrictions and alien registration;
- (e) Be accorded the same privileges in respect of exchange facilities as are accorded to the officials of comparable ranks forming part of diplomatic missions to the Government concerned;
- (f) Be given, together with their spouses and relatives dependent on them, the same repatriation facilities in time of international crisis as diplomatic envoys;
- (g) Have the right to import free of duty their furniture and effects at the time of first taking up their post in the country in question.

Section 19

In addition to the immunities and privileges specified in Section 18, the Secretary-General and all Assistant Secretaries-General shall be accorded in respect of themselves, their spouses and minor children, the privileges and immunities, exemptions and facilities accorded to diplomatic envoys, in accordance with international law.

Section 20

Privileges and immunities are granted to officials in the interests of the United Nations and not for the personal benefit of the individuals them-

présent article ainsi que de l'Article VII. Il en soumettra la liste à l'Assemblée générale et en donnera ensuite communication aux Gouvernements de tous les Membres. Les noms des fonctionnaires compris dans ces catégories seront communiqués périodiquement aux Gouvernements des Membres.

Section 18

Les fonctionnaires de l'Organisation des Nations Unies:

- a) Jouiront de l'immunité de juridiction pour les actes accomplis par eux en leur qualité officielle (y compris leurs paroles et écrits);
- b) Seront exonérés de tout impôt sur les traitements et émoluments versés par l'Organisation des Nations Unies;
- c) Seront exempts de toute obligation relative au service national;
- d) Ne seront pas soumis, non plus que leurs conjoints et les membres de leur famille vivant à leur charge, aux dispositions limitant l'immigration et aux formalités d'enregistrement des étrangers;
- e) Jouiront, en ce qui concerne les facilités de change, des mêmes privilèges que les fonctionnaires d'un rang comparable appartenant aux missions diplomatiques accréditées auprès du Gouvernement intéressé;
- f) Jouiront, ainsi que leurs conjoints et les membres de leur famille vivant à leur charge, des mêmes facilités de rapatriement que les envoyés diplomatiques en période de crise internationale;
- g) Jouiront du droit d'importer en franchise leur mobilier et leurs effets à l'occasion de leur première prise de fonction dans le pays intéressé.

Section 19

Outre les privilèges et immunités prévus à la Section 18, le Secrétaire général et tous les Sous-Secrétaires généraux, tant en ce qui les concerne qu'en ce qui concerne leurs conjoints et enfants mineurs, jouiront des privilèges, immunités, exemptions et facilités, accordés, conformément au droit international, aux envoyés diplomatiques.

Section 20

Les privilèges et immunités sont accordés aux fonctionnaires uniquement dans l'intérêt des Nations Unies et non à leur avantage personnel. Le Se-

wendung finden. Er legt der Generalversammlung eine Liste dieser Gruppen vor und teilt sie sodann den Regierungen aller Mitglieder mit. Die Namen der in diese Gruppen eingeordneten Bediensteten werden den Regierungen der Mitglieder von Zeit zu Zeit mitgeteilt.

Abschnitt 18

Die Bediensteten der Organisation der Vereinten Nationen

- a) genießen Immunität von der Gerichtsbarkeit hinsichtlich der von ihnen in ihrer amtlichen Eigenschaft vorgenommenen Handlungen (einschließlich ihrer mündlichen und schriftlichen Äußerungen);
- b) sind von allen Steuern auf die von der Organisation der Vereinten Nationen gezahlten Bezüge befreit;
- c) sind von jeder nationalen Dienstleistung befreit;
- d) genießen für sich selbst, ihre Ehegatten und die von ihnen unterhaltenen Familienmitglieder Befreiung von allen Einwanderungsbeschränkungen und der Ausländermeldepflicht;
- e) genießen in bezug auf Devisenerleichterungen dieselben Vorrechte wie Bedienstete vergleichbaren Ranges, die den bei der betreffenden Regierung beglaubigten diplomatischen Missionen angehören;
- f) genießen für sich selbst, ihre Ehegatten und die von ihnen unterhaltenen Familienmitglieder in Zeiten internationaler Krisen dieselben Erleichterungen bezüglich der Heimtschaffung wie diplomatische Vertreter;
- g) sind berechtigt, ihre Möbel und ihre persönliche Habe bei ihrem ersten Amtsantritt in dem betreffenden Staat zollfrei einzuführen.

Abschnitt 19

Außer den in Abschnitt 18 vorgesehenen Vorrechten und Immunitäten genießen der Generalsekretär und alle Beigeordneten Generalsekretäre für sich selbst, ihre Ehegatten und minderjährigen Kinder die nach dem Völkerrecht diplomatischen Vertretern zustehenden Vorrechte, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen.

Abschnitt 20

Die Vorrechte und Immunitäten werden den Bediensteten lediglich im Interesse der Vereinten Nationen und nicht zu ihrem persönlichen Vorteil

selves. The Secretary-General shall have the right and the duty to waive the immunity of any official in any case where, in his opinion, the immunity would impede the course of justice and can be waived without prejudice to the interests of the United Nations. In the case of the Secretary-General, the Security Council shall have the right to waive immunity.

Section 21

The United Nations shall co-operate at all times with the appropriate authorities of Members to facilitate the proper administration of justice, secure the observance of police regulations and prevent the occurrence of any abuse in connection with the privileges, immunities and facilities mentioned in this Article.

Article VI

Experts on Missions for the United Nations

Section 22

Experts (other than officials coming within the scope of Article V) performing missions for the United Nations shall be accorded such privileges and immunities as are necessary for the independent exercise of their functions during the period of their missions, including the time spent on journeys in connection with their missions. In particular they shall be accorded:

- a) Immunity from personal arrest or detention and from seizure of their personal baggage;
- b) In respect of words spoken or written and acts done by them in the course of the performance of their mission, immunity from legal process of every kind. This immunity from legal process shall continue to be accorded notwithstanding that the persons concerned are no longer employed on missions for the United Nations;
- c) Inviolability for all papers and documents;
- d) For the purpose of their communications with the United Nations, the right to use codes and to receive papers or correspondence by courier or in sealed bags;
- e) The same facilities in respect of currency or exchange restrictions as are accorded to representatives of foreign governments on temporary official missions;

crétaire général pourra et devra lever l'immunité accordée à un fonctionnaire dans tous les cas où, à son avis, cette immunité empêcherait que justice soit faite et pourra être levée sans porter préjudice aux intérêts de l'Organisation. À l'égard du Secrétaire général, le Conseil de sécurité a qualité pour prononcer la levée des immunités.

Section 21

L'Organisation des Nations Unies collaborera, en tous temps, avec les autorités compétentes des États Membres en vue de faciliter la bonne administration de la justice, d'assurer l'observation des règlements de police et d'éviter tout abus auquel pourraient donner lieu les privilèges, immunités et facilités énumérés dans le présent article.

Article VI

Experts en missions pour l'Organisation des Nations Unies

Section 22

Les experts (autres que les fonctionnaires visés à l'Article V) lorsqu'ils accomplissent des missions pour l'Organisation des Nations Unies, jouissent, pendant la durée de cette mission, y compris le temps du voyage, des privilèges et immunités nécessaires pour exercer leurs fonctions en toute indépendance. Ils jouissent en particulier des privilèges et immunités suivants:

- a) Immunité d'arrestation personnelle ou de détention et de saisie de leurs bagages personnels;
- b) Immunité de toute juridiction en ce qui concerne les actes accomplis par eux au cours de leurs missions (y compris leurs paroles et écrits). Cette immunité continuera à leur être accordée même après que ces personnes auront cessé de remplir des missions pour l'Organisation des Nations Unies;
- c) Inviolabilité de tous papiers et documents;
- d) Droit de faire usage de codes et de recevoir des documents et de la correspondance par courrier ou par valises scellées, pour leurs communications avec l'Organisation des Nations Unies;
- e) Les mêmes facilités, en ce qui concerne les réglementations monétaires ou de change que celles qui sont accordées aux représentants des gouvernements étrangers en mission officielle temporaire;

gewährt. Der Generalsekretär ist berechtigt und verpflichtet, die einem Bediensteten gewährte Immunität in allen Fällen aufzuheben, in denen sie nach Auffassung des Generalsekretärs verhindern würde, daß der Gerechtigkeit Genüge geschieht, und in denen sie ohne Schädigung der Interessen der Organisation aufgehoben werden kann. Die Immunität des Generalsekretärs kann der Sicherheitsrat aufheben.

Abschnitt 21

Die Organisation der Vereinten Nationen arbeitet jederzeit mit den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten zusammen, um eine geordnete Rechtspflege zu erleichtern, die Einhaltung polizeilicher Vorschriften sicherzustellen und jeden Mißbrauch der in diesem Artikel aufgeführten Vorrechte, Immunitäten und Erleichterungen zu verhindern.

Artikel VI

Sachverständige im Auftrag der Organisation der Vereinten Nationen

Abschnitt 22

Sachverständige (mit Ausnahme von Bediensteten im Sinne des Artikels V) genießen, wenn sie Aufträge für die Organisation der Vereinten Nationen durchführen, während der Dauer dieses Auftrags einschließlich der Reise die zur unabhängigen Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlichen Vorrechte und Immunitäten. Insbesondere genießen sie die folgenden:

- a) Immunität von Festnahme oder Haft und von der Beschlagnahme ihres persönlichen Gepäcks;
- b) Immunität von jeder Gerichtsbarkeit hinsichtlich der von ihnen während ihres Auftrags vorgenommenen Handlungen (einschließlich ihrer mündlichen und schriftlichen Äußerungen). Diese Immunität bleibt bestehen, auch wenn der Betreffende seinen Auftrag für die Organisation der Vereinten Nationen beendet hat;
- c) Unverletzlichkeit aller Papiere und Schriftstücke;
- d) das Recht, für ihren Verkehr mit der Organisation der Vereinten Nationen Verschlüsselungen zu verwenden sowie Papiere und Korrespondenz durch Kurier oder in versiegelten Behältern zu empfangen;
- e) in bezug auf Währungs- oder Devisenbeschränkungen dieselben Erleichterungen wie Vertreter ausländischer Regierungen in vorübergehendem amtlichem Auftrag;

(f) The same immunities and facilities in respect of their personal baggage as are accorded to diplomatic envoys.

Section 23

Privileges and immunities are granted to experts in the interests of the United Nations and not for the personal benefit of the individuals themselves. The Secretary-General shall have the right and the duty to waive the immunity of any expert in any case where, in his opinion, the immunity would impede the course of justice and it can be waived without prejudice to the interests of the United Nations.

Article VII

United Nations Laissez-Passer

Section 24

The United Nations may issue United Nations laissez-passers to its officials. These laissez-passers shall be recognized and accepted as valid travel documents by the authorities of Members, taking into account the provisions of Section 25.

Section 25

Applications for visas (where required) from the holders of United Nations laissez-passers, when accompanied by a certificate that they are travelling on the business of the United Nations, shall be dealt with as speedily as possible. In addition, such persons shall be granted facilities for speedy travel.

Section 26

Similar facilities to those specified in Section 25 shall be accorded to experts and other persons who, though not the holders of United Nations laissez-passers, have a certificate that they are travelling on the business of the United Nations.

Section 27

The Secretary-General, Assistant Secretaries-General and Directors travelling on United Nations laissez-passers on the business of the United Nations shall be granted the same facilities as are accorded to diplomatic envoys.

Section 28

The provisions of this article may be applied to the comparable officials of specialized agencies if the agree-

f) Les mêmes immunités et facilités en ce qui concerne leurs bagages personnels que celles qui sont accordées aux agents diplomatiques.

Section 23

Les privilèges et immunités sont accordés aux experts dans l'intérêt de l'Organisation des Nations Unies, et non à leur avantage personnel. Le Secrétaire général pourra et devra lever l'immunité accordée à un expert, dans tous les cas où, à son avis, cette immunité empêcherait que justice soit faite et où elle peut être levée sans porter préjudice aux intérêts de l'Organisation.

Article VII

Laissez-passers des Nations Unies

Section 24

L'Organisation des Nations Unies pourra délivrer des laissez-passers à ses fonctionnaires. Ces laissez-passers seront reconnus et acceptés, par les autorités des États Membres, comme titre valable de voyage en tenant compte des dispositions de la Section 25.

Section 25

Les demandes de visas (lorsque des visas sont nécessaires) émanant des titulaires de ces laissez-passers, et accompagnées d'un certificat attestant que ces fonctionnaires voyagent pour le compte de l'Organisation, devront être examinées dans le plus bref délai possible. En outre, des facilités de voyage rapide seront accordées aux titulaires de ces laissez-passers.

Section 26

Des facilités analogues à celles qui sont mentionnées à la Section 25 seront accordées aux experts et autres personnes qui, sans être munis d'un laissez-passers des Nations Unies, seront porteurs d'un certificat attestant qu'ils voyagent pour le compte de l'Organisation.

Section 27

Le Secrétaire général, les Sous-Secrétaires généraux et les directeurs, voyageant pour le compte de l'Organisation et munis d'un laissez-passers délivré par celle-ci, jouiront des mêmes facilités que les envoyés diplomatiques.

Section 28

Les dispositions du présent article peuvent être appliquées aux fonctionnaires, de rang analogue, appartenant

f) in bezug auf ihr persönliches Gepäck dieselben Immunitäten und Erleichterungen wie Diplomaten.

Abschnitt 23

Die Vorrechte und Immunitäten werden den Sachverständigen im Interesse der Organisation der Vereinten Nationen und nicht zu ihrem persönlichen Vorteil gewährt. Der Generalsekretär ist berechtigt und verpflichtet, die einem Sachverständigen gewährte Immunität in allen Fällen aufzuheben, in denen sie nach Auffassung des Generalsekretärs verhindern würde, daß der Gerechtigkeit Genüge geschieht, und in denen sie ohne Schädigung der Interessen der Organisation aufgehoben werden kann.

Artikel VII

Passierscheine der Vereinten Nationen

Abschnitt 24

Die Organisation der Vereinten Nationen kann ihren Bediensteten Passierscheine ausstellen. Diese werden von den Behörden der Mitgliedstaaten unter Berücksichtigung des Abschnitts 25 als gültige Reiseausweise anerkannt und entgegengenommen.

Abschnitt 25

Stellt der Inhaber eines solchen Passierscheins einen (etwa erforderlichen) Sichtvermerk-Antrag, dem eine Bescheinigung darüber beiliegt, daß er für die Organisation reist, so ist der Antrag möglichst umgehend zu bearbeiten. Ferner werden den Inhabern dieser Passierscheine Erleichterungen zur Beschleunigung der Reise gewährt.

Abschnitt 26

Ähnliche Erleichterungen wie die in Abschnitt 25 erwähnten werden den Sachverständigen und sonstigen Personen gewährt, die, ohne im Besitz eines Passierscheins der Vereinten Nationen zu sein, Inhaber einer Bescheinigung darüber sind, daß sie für die Organisation reisen.

Abschnitt 27

Der Generalsekretär, die Beigeordneten Generalsekretäre und die Direktoren, die für die Organisation reisen und im Besitz eines von dieser ausgestellten Passierscheins sind, genießen dieselben Erleichterungen wie diplomatische Vertreter.

Abschnitt 28

Dieser Artikel kann auf Bedienstete vergleichbaren Ranges Anwendung finden, die Sonderorganisationen an-

ments for relationship made under Article 63 of the Charter so provide.

à des institutions spécialisées, si les accords fixant les relations desdites institutions avec l'Organisation, aux termes de l'Article 63 de la Charte, comportent une disposition à cet effet.

gehören, wenn die nach Artikel 63 der Charta geschlossenen Abkommen zur Regelung der Beziehungen dies vorsehen.

Article VIII

Settlement of Disputes

Section 29

The United Nations shall make provisions for appropriate modes of settlement of:

- (a) Disputes arising out of contracts or other disputes of a private law character to which the United Nations is a party;
- (b) Disputes involving any official of the United Nations who by reason of his official position enjoys immunity, if immunity has not been waived by the Secretary-General.

Section 30

All differences arising out of the interpretation or application of the present convention shall be referred to the International Court of Justice, unless in any case it is agreed by the parties to have recourse to another mode of settlement. If a difference arises between the United Nations on the one hand and a Member on the other hand, a request shall be made for an advisory opinion on any legal question involved in accordance with Article 96 of the Charter and Article 65 of the Statute of the Court. The opinion given by the Court shall be accepted as decisive by the parties.

Final Article

Section 31

This convention is submitted to every Member of the United Nations for accession.

Section 32

Accession shall be affected by deposit of an instrument with the Secretary-General of the United Nations and the convention shall come into force as regards each Member on the date of deposit of each instrument of accession.

Section 33

The Secretary-General shall inform all Members of the United Nations of the deposit of each accession.

Article VIII

Règlement des différends

Section 29

L'Organisation des Nations Unies devra prévoir des modes de règlement appropriés pour:

- a) Les différends en matière de contrats ou autres différends de droit privé dans lesquels l'Organisation serait partie;
- b) Les différends dans lesquels serait impliqué un fonctionnaire de l'Organisation qui, du fait de sa situation officielle, jouit de l'immunité, si cette immunité n'a pas été levée par le Secrétaire général.

Section 30

Toute contestation portant sur l'interprétation ou l'application de la présente convention sera portée devant la Cour internationale de Justice, à moins que, dans un cas donné, les parties ne conviennent d'avoir recours à un autre mode de règlement. Si un différend surgit entre l'Organisation des Nations Unies, d'une part, et un Membre, d'autre part, un avis consultatif sur tout point de droit soulevé, sera demandé en conformité de l'Article 96 de la Charte et de l'Article 65 du Statut de la Cour. L'avis de la Cour sera accepté par les parties comme décisif.

Article final

Section 31

La présente convention est soumise pour adhésion à tous les Membres de l'Organisation des Nations Unies.

Section 32

L'adhésion s'effectuera par le dépôt d'un instrument auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies, et la convention entrera en vigueur à l'égard de chaque Membre, à la date du dépôt par ce Membre de son instrument d'adhésion.

Section 33

Le Secrétaire général informera tous les Membres de l'Organisation des Nations Unies du dépôt de chaque adhésion.

Artikel VIII

Beilegung von Streitigkeiten

Abschnitt 29

Die Organisation der Vereinten Nationen sorgt für geeignete Verfahren zur Beilegung

- a) von Streitigkeiten aus privatrechtlichen Verträgen oder von anderen privatrechtlichen Streitigkeiten, bei denen die Organisation Streitpartei ist,
- b) von Streitigkeiten, an denen ein Bediensteter der Organisation beteiligt ist, der auf Grund seiner amtlichen Stellung Immunität genießt, sofern diese nicht vom Generalsekretär aufgehoben worden ist.

Abschnitt 30

Jede Streitigkeit über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens wird dem Internationalen Gerichtshof vorgelegt, sofern nicht die Parteien im Einzelfall ein anderes Beilegungsverfahren vereinbaren. Entsteht zwischen der Organisation der Vereinten Nationen einerseits und einem Mitglied andererseits eine Streitigkeit, so wird nach Artikel 96 der Charta und Artikel 65 des Statuts des Internationalen Gerichtshofs ein Gutachten über jede aufgeworfene Rechtsfrage eingeholt. Das Gutachten des Gerichtshofs wird von den Parteien als bindend anerkannt.

Schlußartikel

Abschnitt 31

Dieses Übereinkommen wird allen Mitgliedern der Organisation der Vereinten Nationen zum Beitritt vorgelegt.

Abschnitt 32

Der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer Urkunde beim Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen, und das Übereinkommen tritt für jedes Mitglied mit der Hinterlegung seiner Beitrittsurkunde in Kraft.

Abschnitt 33

Der Generalsekretär unterrichtet alle Mitglieder der Organisation der Vereinten Nationen von der Hinterlegung jeder Beitrittsurkunde.

Section 34

It is understood that, when an instrument of accession is deposited on behalf of any Member, the Member will be in a position under its own law to give effect to the terms of this convention.

Section 35

This convention shall continue in force as between the United Nations and every Member which has deposited an instrument of accession for so long as that Member remains a Member of the United Nations, or until a revised general convention has been approved by the General Assembly and that Member has become a party to this revised convention.

Section 36

The Secretary-General may conclude with any Member or Members supplementary agreements adjusting the provisions of this convention so far as that Member or those Members are concerned. These supplementary agreements shall in each case be subject to the approval of the General Assembly.

Section 34

Il est entendu que lorsqu'un instrument d'adhésion est déposé par un Membre quelconque, celui-ci doit être en mesure d'appliquer, en vertu de son propre droit, les dispositions de la présente convention.

Section 35

La présente convention restera en vigueur entre l'Organisation des Nations Unies et tout Membre qui aura déposé son instrument d'adhésion, tant que ce Membre sera Membre de l'Organisation ou jusqu'à ce qu'une convention générale révisée ait été approuvée par l'Assemblée générale et que ledit Membre soit devenu partie à cette dernière convention.

Section 36

Le Secrétaire général pourra conclure, avec un ou plusieurs Membres, des accords additionnels, aménageant, en ce qui concerne ce Membre ou ces Membres, les dispositions de la présente convention. Ces accords additionnels seront dans chaque cas soumis à l'approbation de l'Assemblée générale.

Abschnitt 34

Es wird unterstellt, daß ein Mitglied, wenn es seine Beitrittsurkunde hinterlegt, auch in der Lage ist, diesem Übereinkommen kraft seines innerstaatlichen Rechts Wirksamkeit zu verleihen.

Abschnitt 35

Dieses Übereinkommen bleibt zwischen der Organisation der Vereinten Nationen und jedem durch Hinterlegung seiner Urkunde beigetretenen Mitglied in Kraft, solange dieses der Organisation als Mitglied angehört oder bis die Generalversammlung ein revidiertes allgemeines Übereinkommen genehmigt hat und das betreffende Mitglied Vertragspartei desselben geworden ist.

Abschnitt 36

Der Generalsekretär kann mit einzelnen oder mehreren Mitgliedern Zusatzabkommen schließen, in denen das vorliegende Übereinkommen auf diese Mitglieder abgestimmt wird. Diese Zusatzabkommen bedürfen in jedem Fall der Genehmigung durch die Generalversammlung.

Denkschrift zum Übereinkommen

Die Charta der Vereinten Nationen bestimmt in ihrem Artikel 105, daß die Organisation im Hoheitsgebiet jedes Mitglieds die Vorrechte und Immunitäten genießt, die zur Verwirklichung ihrer Ziele erforderlich sind. Den Vertretern der Mitglieder der Vereinten Nationen, den Bediensteten und den Sachverständigen im Auftrag der Organisation sollen die Vorrechte und Immunitäten gewährt werden, deren sie bedürfen, um ihre mit der Organisation zusammenhängenden Aufgaben in voller Unabhängigkeit wahrnehmen zu können. Zur Regelung der Privilegien kann die Generalversammlung den Mitgliedern der Organisation entsprechende Übereinkommen vorschlagen.

Ein solches Übereinkommen wurde am 13. Februar 1946 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen angenommen. Ihm sind bisher die folgenden Staaten beigetreten:

Ägypten	17. 9. 1948	Guinea	10. 1. 1968
Afghanistan	5. 9. 1947	Guyana	28. 12. 1972
Albanien	2. 7. 1957	Haiti	6. 8. 1947
Algerien	31. 10. 1963	Honduras	16. 5. 1947
Argentinien	12. 10. 1956	Indien	13. 5. 1948
Äthiopien	22. 7. 1947	Indonesien	8. 3. 1972
Australien	2. 3. 1949	Irak	15. 9. 1949
Bahamas	17. 3. 1977	Iran	8. 5. 1947
Bangladesch	13. 1. 1978	Irland	10. 5. 1967
Barbados	10. 1. 1972	Island	10. 3. 1948
Belgien	25. 9. 1948	Israel	21. 9. 1949
Birma	25. 1. 1955	Italien	3. 2. 1958
Bolivien	23. 12. 1949	Jamaika	9. 9. 1963
Brasilien	15. 12. 1949	Japan	18. 4. 1963
Bulgarien	30. 9. 1960	Jemen	23. 7. 1963
Burundi	17. 3. 1971	Jordanien	3. 1. 1958
Chile	15. 10. 1948	Jugoslawien	30. 6. 1950
Costa Rica	26. 10. 1949	Kamerun (Vereinigte Republik)	20. 10. 1961
Dänemark	10. 6. 1948	Kanada	22. 1. 1948
DDR	4. 10. 1974	Kenia	1. 7. 1965
Demokratisches Kamputschea	6. 11. 1963	Kolumbien	6. 8. 1974
Dominikanische Republik	7. 3. 1947	Kongo	15. 10. 1962
Dschibuti	6. 4. 1978	Kuba	9. 9. 1959
Ecuador	22. 3. 1956	Kuwait	13. 12. 1963
Elfenbeinküste	8. 12. 1961	Laotische Demokratische Volksrepublik	24. 11. 1956
El Salvador	9. 7. 1947	Lesotho	26. 11. 1969
Fidschi	21. 6. 1971	Libanon	10. 3. 1949
Finnland	31. 7. 1958	Liberia	14. 3. 1947
Frankreich	18. 8. 1947	Libysch-Arabische Dschamahirija	28. 11. 1958
Gabun	13. 3. 1964	Luxemburg	14. 2. 1949
Gambia	1. 8. 1966	Madagaskar	23. 5. 1962
Ghana	5. 8. 1958	Malawi	17. 5. 1966
Griechenland	29. 12. 1947	Malaysia	28. 10. 1957
Guatemala	7. 7. 1947	Mali	28. 3. 1968
		Malta	27. 6. 1968
		Marokko	18. 3. 1957
		Mauritius	18. 7. 1969
		Mexiko	26. 11. 1962
		Mongolei	31. 5. 1962
		Nepal	28. 9. 1965
		Neuseeland	10. 12. 1947
		Nicaragua	29. 11. 1947
		Niederlande	19. 4. 1948
		Niger	25. 8. 1961
		Nigeria	26. 6. 1961
		Norwegen	18. 8. 1947
		Obervolta	27. 4. 1962
		Osterreich	10. 5. 1957
		Pakistan	22. 9. 1948

Panama	27. 5. 1947
Papua-Neuguinea	4. 12. 1975
Paraguay	2. 10. 1953
Peru	24. 7. 1963
Philippinen	28. 10. 1947
Polen	8. 1. 1948
Ruanda	15. 4. 1964
Rumänien	5. 7. 1956
Sambia	16. 6. 1975
Schweden	28. 8. 1947
Senegal	27. 5. 1963
Sierra Leone	13. 3. 1962
Singapur	18. 3. 1966
Somalia	9. 7. 1963
Sowjetunion	22. 9. 1953
Ukraine	20. 11. 1953
Weißrußland	22. 10. 1953
Sudan	21. 3. 1977
Spanien	31. 7. 1974
Syrien	29. 9. 1953
Tansania	29. 10. 1962
Thailand	30. 3. 1956
Togo	27. 2. 1962
Trinidad und Tobago	19. 10. 1965
Tschechoslowakei	7. 9. 1955
Tunesien	7. 5. 1957
Türkei	22. 8. 1950
Ungarn	30. 7. 1956
Vereinigtes Königreich	17. 9. 1946
Vereinigte Staaten	29. 4. 1970
Zaire	8. 12. 1964
Zentralafrikanisches Kaiserreich	4. 9. 1962
Zypern	5. 11. 1963

Das Übereinkommen ist die erste umfassende Regelung der Vorrechte und Immunitäten einer weltweiten internationalen Organisation; es wird daher im internationalen Sprachgebrauch häufig als „General Convention“ bezeichnet. In Abschnitt 36 ist ausdrücklich festgelegt, daß der Generalsekretär mit einzelnen oder mehreren Mitgliedern Zusatzabkommen schließen kann. Das ist z. B. durch Sitzstaatabkommen mit den Vereinigten Staaten von Amerika und der Schweiz geschehen.

Die Bundesrepublik Deutschland konnte dem Übereinkommen solange nicht beitreten, als sie nicht Mitglied der Vereinten Nationen war. Da dennoch das Bedürfnis bestand, der Organisation, den Vertretern der Mitglieder und den Bediensteten sowie Sachverständigen der Vereinten Nationen in der Bundesrepublik Deutschland Vorrechte und Immunitäten zu gewähren, hat die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates auf der Grundlage des Gesetzes vom 22. Juni 1954 über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Abkommen vom 21. November 1947 über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen am 16. Juni 1970 eine entsprechende Rechtsverordnung erlassen (BGBl. 1970 II S. 669). Die in dieser Verordnung geregelten Vorrechte und Immunitäten sind den Bestimmungen des Übereinkommens vom 13. Februar 1946 über die Vorrechte und Immunitäten der Vereinten Nationen nachgebildet. Abweichungen sind lediglich in den Punkten gegeben, die eine Mitgliedschaft bei der Organisation voraussetzen.

Nachdem die Bundesrepublik Deutschland der Charta der Vereinten Nationen beigetreten ist, wird von ihr auch der Beitritt zu dem VN-Übereinkommen vom 13. Februar 1946 erwartet. Durch diesen Beitritt ändert sich im Hinblick auf die genannte Rechtsverordnung vom 16. Juni 1970 die materielle Rechtslage grundsätzlich nicht.